

LIBERA

Themen dieser Ausgabe:

- Der neue Bundesvorstand stellt sich vor
- Mitgliederversammlung in Hamburg
- Wir lernen ein Leben lang
- LIBERA im Dialog... mit Birgit Homburger
- Liberale Rechtspolitik in Zeiten einer sich wandelnden Gesellschaft
- Haushaltskonsolidierung im Interesse nachfolgender Generationen
- Starre Altersgrenzen durchbrechen
- Geburtshilfe in Deutschland weiter unter Druck
- Quantitativer und Qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung muss Vorrang haben
- Wie wir in Zukunft leben wollen: Das Konzept einer energetisch-dynamischen Entwicklung
- Beschneidung von Mädchen - nicht nur ein afrikanisches Thema
- Familienpolitik in Frankreich - eine „Staatsaffaire“
- Leistung durch Quote!
- Volksentscheid in Hamburg: Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ setzt sich mit deutlicher Mehrheit durch
- „Engagement macht stark!“- Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements
- Aus den Landesvereinigungen
- Was ist eigentlich ... ELENA?
- Glosse
- „Geld gehört in Frauenhand“ - Jahrestagung der LIBERALEN FRAUEN in Würzburg
- 20 Jahre LIBERALE FRAUEN—LIBERALE FRAUEN feierten in Hamburg



Die FDP muss in allen Facetten weiblicher werden!

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn man im Moment die politischen Geschehnisse aufmerksam verfolgt, kann man sich sehr gut ein Bild davon machen, wie kurzlebig politischer Erfolg sein kann. Die Umfragewerte für die Regierungskoalition befinden sich in einem schier unaufhaltsamen Abwärtstrend. Dabei sah vor einem Jahr alles anders aus. Viele Menschen hatten Hoffnungen und Erwartungen, denen sie mit Ihrer Stimme bei den Wahlen 2009 Ausdruck gegeben haben. Die FDP konnte bei den Wahlen 2009 Erfolge feiern, die man sich vor fünf Jahren noch nicht mal im entferntesten vorstellen konnte. Das Bild der FDP ist nach der Bundestagswahl eindeutig weiblicher geworden. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde Bundesjustizministerin, Cornelia Pieper Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Gudrun Kopp Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Auch die Fraktionsspitze im Bundestag ist entschieden weiblicher geworden.

Birgit Homburger ist die erste weibliche Vorsitzende in der FDP-Bundestagsfraktion. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass - mit wenigen Ausnahmen - der Frauenanteil in den Gremien der FDP zurückgeht. Die FDP ist, was die Beteiligung von Frauen in politischer Verantwortung betrifft, seit Jahren das Schlusslicht unter den Deutschen Parteien! Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Immer öfter beschäftigen sich die Medien mit dem Thema Frauen in der FDP.

Andere Parteien haben längst die Potenziale der Frauen erkannt und setzen auf die Beteiligung von Frauen in ihren Gremien. Teams mit Frauen und Männern arbeiten effektiver und die Ergebnisse, die sie erzielen, finden eine größere Akzeptanz. Das gilt übrigens nicht nur für

die Politik. Auch die Wirtschaft hat dies längst erkannt, wie die aktuelle Diskussion um Quoten für Frauen in Aufsichtsräten zeigt. Frauen sind ein Gewinn! Sich für Frauen in der FDP einzusetzen, bedeutet deshalb, sich für die FDP einzusetzen und liberale Politik insgesamt nach vorne zu bringen. Das ist unser Ziel!



Der neugewählte geschäftsführende Bundesvorstand

Dass es in der FDP viele kompetente Frauen gibt, das haben die Frauen in den letzten Jahren bewiesen. Um aber in Ämter und Mandate zu kommen braucht es mehr. Ein Schwerpunkt der Arbeit des neuen Vorstands wird deshalb die gerechte Teilhabe von Frauen an politischer Verantwortung auf allen Ebenen sein. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, dass die Frauen sich gegenseitig unterstützen. Gemeinsam sind wir stark!

Liebe Leserinnen, engagieren Sie sich bei den LIBERALEN FRAUEN. Politisch aktiv zu sein, ist ein Gewinn für Sie und für die FDP.

Ihre Doris Buchholz

Der neue Bundesvorstand stellt sich vor

Doris Buchholz

Bundsvorsitzende

Niemals aufgeben ist das Motto von Doris Buchholz, der neuen Bundsvorsitzenden der LIBERALEN FRAUEN. Dies ist eine Eigenschaft, die ihr in ihrem neuen Amt sicherlich zu Gute kommen wird. Um Frauenpolitik zu betreiben braucht man auch heute noch ein enormes Durchhaltevermögen und einen langen Atem.



Foto: Copyright: Frank Ossenbrink

Doris Buchholz ist seit 2001 Mitglied der LIBERALEN FRAUEN. Sie war 4 Jahre lang stellvertretende Landesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Saar, bevor sie 2007 zur Landesvorsitzenden gewählt wurde. Die Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei in Sulzbach im Saarland ist auch als Dozentin für Sozialversicherung und Soziale Entschädigung an der Fachhochschule für Verwaltung in Saarbrücken tätig. Sie hat in der FDP Saar schon viele Funktionen begleitet, war unter anderem 4 Jahre lang Beisitzerin im Landesvorstand der FDP Saar und gehört dem Vorstand heute als kooptiertes Mitglied an. Sie ist Vorsitzende des Landesfachausschusses Soziales des FDP Saar und Mitglied im Bundesfachausschuss Soziales. Besonders am Herzen liegt ihr die eigenständige Alterssicherung der Frauen. Viele Frauen machen sich darum viel zu wenig Gedanken. Armut im Alter ist leider immer noch ein Frauenthema. Dieses Thema ist nach den Änderungen im Unterhaltsrecht aktueller denn je!

E-Mail: d.buchholz@liberale-frauen.de

Eva Parbs

Stellvertretende Bundsvorsitzende

Politik darf kein Männersport bleiben, denn schließlich sind mehr als 50 Prozent der Wähler in Deutschland Frauen. Politik braucht mehr Frauen; und zwar Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Erst wenn mehr Frauen ihre Ideen und Vorstellungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen, werden auch die Ergebnisse akzeptiert. Dafür lohnt es, sich politisch zu engagieren.



Wir brauchen engagierte Mütter und Väter in Deutschland, das setzt aber voraus, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von der Politik stärker unterstützt wird. Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sollten bald der Vergangenheit angehören. Auch hier liegt es an der Politik, Vorschläge und Überlegungen zur Behebung von Lohnungleichheit vorzulegen.

Die 1993 in die FDP eingetretene Landesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN in Hamburg ist auch FDP-Kreisvorsitzende; Mitglied im Bundesfachausschuss Verkehr. Von 1996 bis 2007 war sie Mitglied im FDP-Landesvorstand, davon 7 Jahre stellv. Landesvorsitzende. In dieser Zeit hat sie sich aktiv für die Förderung von Frauen im Landesverband eingesetzt. Hamburg ist, was die Partizipation an Mandaten und Ämtern in der Partei betrifft, gut aufgestellt. Im Landesvorstand sind knapp die Hälfte der Mitglieder Frauen.

Eva Parbs ist verheiratet und Industriekauffrau. Ihre berufliche Tätigkeit hatte sie u.a. mehrere Jahre ins europäische Ausland geführt.

E-Mail: e.parbs@liberale-frauen.de

Brigitte Pöpel

Stellvertretende Bundsvorsitzende

Die Sichtweise von Frauen in die Politik einzubringen, ist das erklärte Ziel von Brigitte Pöpel, die neue stellvertretende Bundsvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN.



fotografiert von Sonja Thomas

Die Landesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Hessen ist seit 1986 in der FDP und über vier Jahre stellvertretende Kreisvorsitzende in Wiesbaden. Bei den Jungen Liberalen Berlin engagierte sie sich mehrere Jahre im Landesvorstand; insbesondere die Zeitspanne 1989/90 prägten ihre ersten politischen Erfahrungen.

Die 1967 geborene Diplom-Kauffrau und Steuerberaterin ist Mitglied im Bundesfachausschuss Steuern und Finanzen der FDP. Besonders intensiv beschäftigt sich die langjährige Seminarleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit dem Thema Bürgergeld. Der Bürgergeldfilm der Virtuellen Akademie stammt aus ihrer Feder.

Die verheiratete Mutter von zwei Söhnen möchte sich im neuen Vorstand um das Bild der LIBERALEN FRAUEN nach innen und außen kümmern und noch mehr Frauen für Politik begeistern.

E-Mail: b.poepel@liberale-frauen.de

Der neue Bundesvorstand stellt sich vor

Dr. Birgit Reinemund, MdB

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Dr. Birgit Reinemund tritt für eine gerechte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen ein, gerade auch auf allen politischen Ebenen. Ihr erklärtes Ziel ist, den Frauenanteil beständig zu erhöhen, möglichst ohne vorgegebene Quote.



Dr. Birgit Reinemund ist promovierte Tierärztin und war viele Jahre in ihrer Heimatstadt Mannheim selbständig mit einer Kleintierpraxis. Nach betriebswirtschaftlicher Fortbildung parallel zur Praxistätigkeit ist sie seit 1998 Geschäftsführerin und Gesellschafterin in einem Unternehmen des Export/ Nachrichtentechnik/Messtechnik. Seit 2002 ist sie Mitglied der FDP, seit 2006 Kreisvorsitzende der FDP Mannheim. Als Stadträtin in Mannheim, der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs, engagiert sie sich in der Wirtschafts-, Umwelt-, Sport- und Frauenpolitik. Seit September 2009 ist sie Mitglied im Deutschen Bundestag und vertritt ihre Fraktion als ordentliches Mitglied im Finanzausschuss mit Schwerpunkt Steuern. Aktuell beschäftigt sie sich vor allem mit der Reform der kommunalen Finanzen und dem Thema Steuervereinfachung. Zudem ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und im Sportausschuss und stellvertretende Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der FDP-Fraktion.

E-Mail: b.reinemund@liberale-frauen.de

Gisela Schulze Horn

Schatzmeisterin

Die Wertschätzung der Frau im Berufsleben zu stärken ist der Leitsatz von Gisela Schulze Horn, der neuen Bundesschatzmeisterin der LIBERALEN FRAUEN und selber jahrelang berufstätige Mutter zweier Töchter.



Ihren beruflichen Werdegang begann, die gebürtige Fränkin zunächst mit der Ausbildung zur Gymnastiklehrerin. Sie war danach in der international tätigen Patentanwaltskanzlei ihres Mannes angestellt, um neben der anfallenden Korrespondenz auch die buchhalterischen Aufgaben zu übernehmen. Erst 2009 beendet Frau Schulze Horn diese Tätigkeit, um sich nachfolgend ganz ihren politischen Aufgaben widmen zu können.

Sie trat 1975 in die FDP ein, um zunächst aktiv als Ratsmitglied mitzuwirken. Nach einem politisch eher ruhigen Intervall, indem sie sich neben ihren beruflichen Aufgaben auch intensiv mit der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder beschäftigen wollte, stieg sie 2001 erneut in das aktive politische Geschehen ein. Seither ist sie in Orts-, Kreis-, Bezirks- und in Landesverband unter anderem als Vorstandsmitglied motiviert und ambitioniert tätig. Hinsichtlich der LIBERALEN FRAUEN bringt sie sich mit ihrem steuerrechtlichen Know-how seit 2003 als Schatzmeisterin und ab 2005 als Bezirksvorsitzende im Münsterland ein.

Für die Zukunft wünscht sich die Mutter zweier berufstätiger Akademikerinnen auch junge Frauen für ein liberales und demokratisch orientiertes Handeln begeistern zu können.

E-Mail: g.schulzehorn@liberale-frauen.de

Anne Hermühlen

Schriftführerin

Die 1965 geborene Dipl. Betriebswirtin absolvierte ihr Studium an der Fachhochschule Nürtingen. Ihre Themenschwerpunkte waren dabei: Immobilienwirtschaft, Controlling und Wirtschaftsprüfung. In diesen Bereichen ist sie auch heute beruflich tätig.



Anne Hermühlen ist seit 2005 stellvertretende Landesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Niedersachsen. Politisch ist sie vielfältig engagiert. Sie ist seit ca. 10 Jahren Mitglied der FDP. Ihre politischen Interessenschwerpunkte liegen insbesondere im Bereich "Steuern/Finanzen", "Frauen/Familien-Politik", und "Wirtschaftspolitik". Sie ist seit 2005 Mitglied in den Landesfachausschüssen Wohnungsbau, Steuern und Finanzen und Kunst, Kultur und Weiterbildung der FDP Niedersachsen. Seit 2009 ist sie auch Mitglied im Bundesfachausschuss Wohnungsbau.

Die neue Schriftführerin steht mit beiden Beinen auf dem Boden. Wer sie kennt charakterisiert sie unter anderem als tatkräftig, vielseitig, anpassungsfähig, zuverlässig, aufgeschlossen, tolerant, hilfsbereit, optimistisch und ausgeglichen.

Nach wie vor sind Kinder der Karrierekiller Nr. 1 für Frauen. Für die Zukunft wünscht sie sich, dass Frauen sich nicht mehr entscheiden müssen zwischen Beruf und Familie.

E-Mail: a.hermuehlen@liberale-frauen.de

Mitgliederversammlung in Hamburg— Neuer Bundesvorstand gewählt

von Anne Hermühlen, Schriftführerin im Bundesvorstand

Auf der Agenda der Mitgliederversammlung in Hamburg am 29.05.2010 stand ein umfangreiches Programm. Neben der Neuwahl des Vorstandes, stand die Beratung von Anträgen und des neuen Grundsatzprogramms auf der Tagesordnung.

Bei der Wahl zur Bundesvorsitzenden setzte sich Doris Buchholz aus dem Saarland knapp gegen die Amtsinhaberin Mieke Senftleben, MdA, aus Berlin durch. Neue Stellvertreterinnen sind Eva Parbs aus Hamburg, Brigitte Pöpel aus Hessen und Dr. Birgit Reinemund, MdB, aus Baden-Württemberg. Die bisherigen Stellvertreterinnen Nora Jordan-Weinberg und Gesine Meißner MdEP kandidierten nicht mehr. Das Amt der Schatzmeisterin übt künftig Gisela Schulze Horn aus Nordrhein-

Westfalen aus und Schriftführerin ist Anne Hermühlen aus Niedersachsen.

Die Mitgliederversammlung wählte neben dem geschäftsführenden Vorstand auch für jedes Bundesland eine Beisitzerin. Baden-Württemberg wird in den nächsten Jahren durch Sibylle Laurischk, MdB, vertreten, Bayern durch Marina Schuster, MdB, Berlin durch Dr. Frauke Jung-Lindemann, Brandenburg durch Gerburg Pietschmann, Bremen durch Nicole Mirbach, Hamburg durch Karena Hinze und Hessen durch Renate Fritz. Beisitzerin für Mecklenburg-Vorpommern ist Katharina Bernhard, für Niedersachsen Roukiatou Maas, für Nordrhein-Westfalen Brigitte Kesternich, für Rheinland-Pfalz Uta Mattern und für das Saarland Monica Hussinger. Beisitzerin für

Sachsen-Anhalt ist Cornelia Kuhnert, für Sachsen Christine Schlagehan, für Schleswig-Holstein Gabriele Killig und für Thüringen Anja Kolbe.

Auf der Mitgliederversammlung wurden auch Satzungsänderungen und Änderungen der Beitragsordnung beschlossen. Die Landesvereinigungen werden dadurch künftig über mehr finanzielle Mittel verfügen können.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit wurde das Grundsatzprogramm und ein Teil der Anträge nicht mehr beraten. Die Beratung des Grundsatzprogramms soll auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. September 2010 in Würzburg erfolgen.

Wir lernen ein Leben lang

von Doris Buchholz, Bundesvorsitzende

Der diesjährige Aktionstag der LIBERALEN FRAUEN wird sich mit dem Thema „Lernen — ein Leben lang“ beschäftigen.

Auch wenn es uns nicht so ganz bewusst ist, wir lernen sobald wir auf der Welt sind und hören eigentlich nie damit auf. Allerdings sieht Lernen in jeder Phase unseres Lebens anders aus. Mit dem Lernen in allen Phasen unseres Lebens werden wir uns in verschiedenen Veranstaltungen im November beschäftigen.

Ein Thema wird sicherlich die frühkindliche Bildung sein. Das was wir in den ersten Lebensjahren lernen, prägt unser ganzes Leben. Was in den ersten Lebensjahren versäumt wird, ist später oft kaum wieder nachzuholen. Bildung muss deshalb bereits im Vorschulalter beginnen, damit alle die gleichen Startchancen haben.

Schule ist in der letzten Zeit ein Thema geworden, an dem sich die Geister scheiden. Viele Menschen stellen sich heute die Frage, welche Schulform die Richtige ist? Wie

lange sollen Kinder gemeinsam lernen? Ist das Gymnasium noch zeitgemäß? Ist es richtig, dass jedes Bundesland ein anderes Schulsystem hat? In Zeiten, in denen von Eltern Mobilität im Berufsleben gefordert wird, sollte da nicht sichergestellt sein, dass ein Wechsel von Kindern vom einen Bundesland in ein anderes nicht am Schulsystem im anderen Bundesland scheitert?

Auch berufliche Bildung gehört zum Thema Lernen. Das Erlernen eines Berufes im Anschluss an die Schule ist von existenzieller Bedeutung. Wer keinen Schulabschluss erreicht, ist meist sein Leben lang auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Ein Ausweg aus dieser Situation bietet für einige der zweite Bildungsweg, der es ermöglicht die Schulabschlüsse nachzuholen.

Aber auch wer bereits einen Beruf erlernt hat, kann es sich heute vielfach nicht mehr leisten, sich auszuruhen. Weiterbildung ist angesagt. Wenn wir im Berufsleben stehen erhöht Lernen unsere Chancen im Beruf.

Wegen des demografischen Wandels droht ein Facharbeitermangel. Es wird deshalb an der Weiterbildung von älteren Arbeitnehmern kein Weg vorbeiführen. Hier liegt in Deutschland noch einiges im Argen. Deutschland gehört, was Weiterbildung betrifft, zu den Schlusslichtern in Europa.

Es gibt auch was das Thema Lernen betrifft, Bereiche, die für Frauen wichtiger sind als für Männer. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach Auszeiten wegen Kindererziehung und Pflege ist ein Thema für die Frauen. Die Arbeitswelt legt keine Pausen ein und wer in den Beruf zurück will, muss früher erworbene Fähigkeiten wieder auffrischen oder sich weiterqualifizieren, um den Anforderungen an den Beruf zu genügen.

Dies sind nur einige Themen aus dem breit gefächerten Spektrum des lebenslangen Lernens mit denen sich die LIBERALEN FRAUEN beim Aktionstag im Oktober beschäftigen werden.

Näheres in Kürze unter www.liberalesfrauen.de

LIBERA im Dialog mit Birgit Homburger, MdB Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion und der FDP Baden-Württemberg

Frau Homburger, Sie führen seit knapp einem Jahr die größte FDP-Bundestagsfraktion, die es jemals gab. Was zählt da am meisten, Durchsetzungsvermögen oder Diplomatie?

Homburger: Sie brauchen beides zur jeweils rechten Zeit. Am Ende muss man sich in diesem Job natürlich durchsetzen können. Doch gerade als Fraktionsvorsitzende ist es wichtig zu integrieren, argumentativ zu überzeugen. Wir wollen möglichst alle 93 Abgeordneten mitnehmen, damit am Ende ein gutes Ergebnis da ist und die Mehrheit steht.

Und in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner?

Homburger: Im Koalitionsausschuss braucht man vor allem Standfestigkeit, gute Nerven und Verhandlungsgeschick. Manchmal muss man Bälle um drei Ecken und über Bande ins Tor spielen. Insgesamt arbeiten wir in der Koalition gut und vertrauensvoll zusammen. Die Koalition funktioniert viel besser als in der medialen Darstellung.

Verzweifeln Sie da nicht manchmal, angesichts der öffentlichen Wahrnehmung der Koalition?

Homburger: Ich neige nicht zur Verzweiflung. Wenn Dinge an einem Tag nicht so gut laufen, muss man sie am nächsten Tag halt besser machen. Die Erfolge der Koalition sind beachtlich, nur werden sie nicht wahrgenommen, wenn Entscheidungen wenig später aus der eigenen Koalition torpediert werden. Wir werden nur Erfolg haben, wenn wir unsere gute Politik auch gut darstellen. Zum Glück scheint sich diese Erkenntnis auch bei den betreffenden Personen endlich durchzusetzen.

Was sind denn die liberalen Erfolge dieser Koalition?

Homburger: Vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben wir deutliche Akzente gesetzt. Ob bei Opel, Karstadt oder den Stabilitätshilfen für den Euro – wir Liberale achten auf das Geld der Steuerzahler und leisten staatliche Hilfe nur dann, wenn es unbedingt notwendig, nicht

wenn es opportun ist. Bei den Griechenland-Hilfen haben wir darauf bestanden, dass der IWF mit im Boot ist und es ein Sanierungskonzept gibt. Dagegen haben SPD und Grüne damals schnelle Direktzusagen an Griechenland gefordert, die hätten einfach planlos Milliarden ins Blaue hinein überwiesen.

Wir haben es auch endlich geschafft, die überfällige Konsolidierung des Haushalts



Birgit Homburger, MdB, am Stand der Fraktion auf dem Parteitag in Köln

ohne Steuererhöhungen auf den Weg zu bringen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten diskutieren wir in Deutschland über Ausgabenbegrenzung und nicht über Einnahmenerhöhung. Das ist eine echte Zeitenwende, die die FDP erreicht hat. Und trotz aller Sparanstrengungen gibt es mehr Investitionen in Bildung, weil es die Zukunft unseres Landes ist. Schon im Haushalt 2010 haben wir 750 Millionen Euro mehr in Bildung und Forschung investiert, bis 2013 werden es insgesamt 12 Milliarden Euro sein. Bildung und Aufstieg dürfen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. So haben wir kurz vor der Sommerpause das Nationale Stipendienprogramm beschlossen, mit dem Studierende nach ihrer Leistung gefördert werden. Jahrelang wurde mehr Bildungsgerechtigkeit von Rot-Grün und Schwarz-Rot angekündigt, Schwarz-Gelb setzt es um. Das zeigt: Die FDP macht den Unterschied.

Und die Entlastungen für kleinere und mittlere Einkommen?

Homburger: Am Ziel von Steuervereinfachung und -entlastung für untere und mittlere Einkommensgruppen hält die Koalition

ausdrücklich fest. Wir haben auf Grund neuer Herausforderungen wie der Euro-Krise eine neue Prioritätensetzung vorgenommen. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang. Aber wir wollen noch in dieser Wahlperiode den sogenannten Mittelstandsbau im Steuerrecht beseitigen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Jetzt erarbeiten wir uns die Spielräume, damit wir die Mitte der Gesellschaft entlasten können.

Im Übrigen haben wir bereits zum Jahresbeginn Arbeitnehmer und Familien deutlich entlastet, zum Beispiel mit der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen. Auch nach der Gesundheitsreform, die die Finanzierung der Gesundheit nachhaltig sichert und wieder mehr Wettbewerb schafft, haben Arbeitnehmer 2011 mehr netto in der Tasche als 2009. Das sagt nicht nur die schwarz-gelbe Koalition, das bestätigen auch die Berechnungen vom Bund der Steuerzahler: Familien verfügen demnach über bis zu 169 Euro zusätzliches Netto im Monat. Diese Entlastung ist spürbar. Die Menschen merken doch, dass der Steuerzahlertag in diesem Jahr 11 Tage früher war als im Vorjahr. Die Bürger arbeiten 2010 wesentlich kürzer für die Staatskasse als im Vorjahr und haben daher mehr Geld zur freien Verfügung

Sie sind die erste Frau an der Spitze der FDP-Bundestagsfraktion, ist eine Frau in der Politik auf eine andere Art gefordert, als ein Mann?

Homburger: Entscheidend ist die Persönlichkeit eines Menschen. Sie prägt die Arbeit sehr viel stärker als die Frage, ob jemand Mann oder Frau ist. Ich war immer überzeugt, dass Frauen alles genauso gut können. Allerdings habe ich festgestellt, wir Frauen müssen immer ein bisschen mehr bringen als Männer.

Sie haben früher Fußball gespielt, waren Libero. Was lernt man dabei fürs Leben?

Homburger: Teamgeist, Kampfeswille, Durchhaltevermögen - das kann ich alles im Politikgeschäft gebrauchen. Außerdem lernt man, dass man auf das gegnerische Tor spielen muss, wenn man gewinnen will.

Liberaler Rechtspolitik in Zeiten einer sich wandelnden Gesellschaft

von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB, Bundesjustizministerin

Das Bundesministerium für Justiz hat seit dem Regierungswechsel zahlreiche Vorhaben realisieren oder in Angriff nehmen können. Ein Schwerpunkt lag dabei im Bereich Bürgerrechte: Diese waren in Folge des 11. September 2001 durch vermeintlich der Sicherheit dienende Gesetze eingeschränkt worden, das Misstrauen gegenüber dem Rechtssystem ist gewachsen. Oberste Priorität ist daher die Rückbesinnung auf einen Rechtsstaat, dem die Menschen wieder uneingeschränkt vertrauen können.

Zudem sorgen die eingeleiteten Änderungen in der Familien- und Gesellschaftspolitik für mehr Rechtssicherheit. So zum Beispiel das Pilotprojekt des deutsch-französischen Wahlgüterstandes und die Vereinheitlichung des Scheidungsrechts für insgesamt 14 EU-Mitgliedstaaten, welches verhindern soll, dass der stärkere Ehepartner durch geschickte Gerichtswahl ein für ihn günstigeres Scheidungsrecht zur Anwendung bringen kann.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Bundesjustizministerin

Eine liberale Handschrift ist auch ganz klar in der Gleichstellung von Lebenspartnern zu erkennen. Hier hat sich die FDP dafür eingesetzt, dass der Deutsche Bundestag

nun über die Gleichstellung von Lebenspartnern im Erbschafts-, Schenkung- und Grunderwerbssteuergesetz berät. Ich hoffe, dass uns dies auch im Hinblick auf ein Adoptionsrecht für Regenbogenfamilien gelingen wird.

Nicht zuletzt setze ich mich auch dafür ein, dass Aufsichtsräte weiblicher werden. Die stärkere Berücksichtigung von Frauen in Führungspositionen ist lange überfällig. Dies wollen wir allerdings nicht durch eine starre und unflexible gesetzliche Quotenregelung erzwingen. Zum jetzigen Zeitpunkt setzen wir auf verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen. Wir brauchen einen Mentalitätswandel, der sich gesetzlich nicht anordnen lässt. Eine stärkere Präsenz von Frauen in Führungsetagen sehe ich nicht als Wohltat für die Frauen an, sondern als wirtschaftliche und personelle Bereicherung im Interesse eines Unternehmens.

www.leutheusser-schnarrenberger.de

Haushaltskonsolidierung im Interesse nachfolgender Generationen

von Dr. Birgit Reinemund, MdB, Stellvertretende Bundesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN

Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für soziale Stabilität, für neue Arbeitsplätze und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb ist die FDP fest entschlossen, den jahrzehntelangen Marsch in die Staatsverschuldung zu stoppen.



Dr. Birgit Reinemund, MdB
Stellvert. Bundesvorsitzende

Um die Staatsfinanzen dauerhaft in Ordnung zu bringen, brauchen wir Impulse für Wachstum, aber auch einen konsequenten Konsolidierungskurs. Mit dem vorgelegten Sparpaket werden

endlich die Weichen gestellt für eine strukturelle, nachhaltige Verbesserung des Bundeshaushalts. Das Sparvolumen von 13,2 Mrd. Euro in 2011 wächst bis 2014 auf 26,6 Mrd. Euro an. Damit umfasst das Sparpaket in den nächsten vier Jahren ein Gesamtvolumen von über 80 Mrd. Euro.

Dass dies ohne Steuererhöhungen, Abgabenerhöhungen und Rentenkürzungen gelungen ist, ist ein deutlicher Erfolg der FDP. Von Seiten der CDU war der einfachere Weg über weitere Erhöhung der Einkommenssteuer lange in der Diskussion.

Ausgabensenkungen, Subventionsabbau, Strukturverbesserungen im Arbeitsmarktbereich sind die Bestandteile dieses ausgewogenen Programms – langjährige Forderungen aus unserem Liberalen Sparbuch.

Der Vorwurf des sozialen Kahlschlags trägt nicht, denn der die Sozialausgaben umfas-



sen rund 55% (1998: 39,3%) des Bundesaushalts, während die Sparmaßnahmen im Bereich ALG II und Elterngeld nur knapp 30% der Einsparsumme ausmachen. 5 Mrd. Euro in der Wirtschaft, 5 Mrd. im Sozialbereich, 3 Mrd. in der Verwaltung ist ausgewogen.

www.birgit-reinemund.de

Starre Altersgrenzen durchbrechen

von Nicole Bracht-Bendt, MdB

Die Potenziale des Alters nutzen und die Herausforderungen des demographischen Wandels meistern - das sind Ziele, die ich mir als seniorenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion gesetzt habe. Es ist unsinnig, den Wandel nur als Bedrohung unserer Sozialsysteme zu sehen. Die veränderten Strukturen sollten als Chance begriffen werden - für Gesellschaft und Beruf gleichermaßen.

Der FDP-Landesparteitag Niedersachsen hat im

Frühjahr einen von mir eingebrachten Antrag unter dem Leitthema "Potenziale nutzen" verabschiedet. Ich bin optimistisch, dass wir auch auf Bundesebene viel errei-



Nicole Bracht-Bendt, MdB

chen können. Mein Ziel ist es, dass starre Altersgrenzen wegfallen. Menschen ab einem bestimmten Alter dürfen nicht einfach auf Abstellgleis gestellt werden. Liberale Seniorenpolitik muss heißen, jeder Mensch kann eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben. Ob im Ruhestand, als Senior-Berater in der Wirtschaft oder ehrenamtlich - nie war das Interesse älterer Menschen, aktiv eingebunden zu sein in Aufgaben, größer. Diese positive Entwicklung sollten wir ausbauen statt ausbremsen.

Ein anderes Stichwort ist Lebenslanges Lernen. Seniorenstudiengänge und Computerkurse sind gefragt wie nie. Dieses Interesse unterstütze ich. Mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr für Seniorinnen

und Senioren hat Niedersachsen ein bedeutendes Projekt auf den Weg gebracht, das unsere volle Unterstützung hat. Ein weiterer Punkt ist der Ausbau einer altersgerechten Wohn- und Infrastruktur. Alte Menschen wollen möglichst in ihrer Umgebung bleiben. Deshalb ist der Ausbau barrierefreien Wohnraums voranzutreiben.

Vorantreiben sollten wir auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Pflege ist immer noch weiblich. Wir brauchen eine Lösung, damit Kinder neben ihrer Erwerbstätigkeit ihre alten Eltern pflegen können. Nötig sind flexible und unbürokratische Lösungen für Wirtschaft und öffentlichen Dienst. Daneben müssen wir das große Feld von Pflege und Betreuung qualifiziert, pragmatisch und menschlich lösen. Es ist überfällig, dass diese wichtigen Berufe gesellschaftlich aufgewertet und bezahlt werden.

www.nicole-bracht-bendt.de

Geburtshilfe in Deutschland weiter unter Druck

Von Sibylle Laurischk, MdB



Sibylle Laurischk, MdB

Die bewährte Geburtshilfe in Deutschland steht immer noch vor dem Abgrund. Mit über 100.000 Unterschriften in wenigen Wochen erhielten die Hebammen Unterstützung für ihre Petition. Hintergrund sind die zum 1. Juli 2010 rasant gestiegenen Prämien der Berufshaftpflichtversicherung für selbstständige Hebammen um mehr als 55 Prozent auf 3.689,00 Euro jährlich. Um die

Kosten für die Versicherung zu sparen, drohten viele Hebammen aus ihrem klassischen Aufgabenbereich, der Geburtshilfe, auszusteigen und sich auf andere Aufgaben zu konzentrieren. Damit ist die wohnortnahe Versorgung durch Hebammen und das Recht auf freie Wahl des Geburtsortes gefährdet.

Nach der Anhörung am 28. Juni 2010 vor dem Petitionsausschuss gab es eine erste Einigung zwischen den Hebammenverbänden und dem Krankenkassen-Spitzenverband im Schiedsverfahren. Rückwirkend ab dem 1. Juli bekommen Hebammen für jede Geburt außerhalb von Kliniken 100 Euro und für jede Krankenhausgeburt

acht Euro zusätzlich. Laut Deutschem Hebammenverband ist dies immer noch kein adäquater Ausgleich für die dramatisch gestiegenen Berufshaftpflichtprämien. Die genaue Bezahlung müsse erst noch in weiteren Verhandlungen ermittelt werden.

Daher unterstütze ich die Forderungen der Hebammen nach einem Runden Tisch aus Familien-, Gesundheits- und Rechtspolitikern. Gerade die Versorgung von Schwangeren im ländlichen Raum gibt es angesichts des Abbaus von Geburtshilfe im Krankenhaus nur mit ausreichend niedergelassenen Hebammen.

www.laurischk.de



Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung muss Vorrang haben

von Miriam Gruss, MdB

Das Elterngeld ist im Jahr 2007 von der großen Koalition nach langen Diskussionen eingeführt worden. Die damalige Bundesministerin Ursula von der Leyen wollte eine reine Lohnersatzleistung, anschließend ist diese jedoch kombiniert worden mit einem Mindestelterngeld für alle Eltern. Ziel war es ursprünglich jedoch, nur für berufstätige Eltern einen finanziellen Ausgleich für die Zeit des ersten Lebensjahres ihres Kindes zu gewährleisten.

Das Elterngeld hat drei Jahre nach seiner Einführung nicht den Erfolg, den sich die schwarz-rote Bundesregierung erhofft hatte. Wir geben innerhalb Europas zwar am meisten Geld für Familien aus, sind aber gleichzeitig europäisches Schlusslicht bei der Geburtenentwicklung.

Im Zuge des geplanten Sparpakets soll das Elterngeld oberhalb eines Nettoeinkommens von 1240 Euro von 67% auf 65% des vorherigen Lohns reduziert werden. Bei Beziehern von Hartz-IV-Leistungen wird das Elterngeld im Zuge einer Neubewertung

der Regelsätze gestrichen. Ich habe drei Vorschläge in die aktuelle Diskussion eingebracht: Zum ersten muss das Elterngeld evaluiert werden, um die Effektivität bewerten zu können. Desweiteren sollte der Höchstsatz von 1800 auf 1500 Euro gesenkt werden – das wäre sozial gerecht, da auch unten gespart wird. Drittens müsste man konsequenterweise auch für nichtberufstätige Mütter das Elterngeld ganz streichen.



Miriam Gruss, MdB

Etwa vier Milliarden Euro kostet den Staat das Elterngeld jährlich. Zusätzlich geben wir für familienpolitische Leistungen 180 Milli-

arden Euro aus. Deutschland fördert Familien in einem finanziellen Umfang, der einzigartig ist - aber kaum Wirkung entfaltet. Das hat einen einfachen Grund: Die monetäre Förderung von Familien ist allein ausschlaggebend, sondern eine familienbewusste und kinderfreundliche Kultur und Infrastruktur. Denn auch nach Bezug des Elterngeldes stellt sich die Frage: Was passiert nach dem ersten Lebensjahr? Es gibt kein Geld mehr und Betreuungsplätze sind rar.

Deshalb setze ich mich seit Jahren für einen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland ein. Wir halten auch weiter an dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 fest. Frühkindliche Bildung und gute Betreuung gibt es nicht zum Nulltarif. Es gilt deshalb nun in allen Haushalten auf allen Ebenen ein besonderes Augenmerk auf die frühe Phase der Kinder zu legen und hier zu klotzen statt zu kleckern. Von Bundesseite leisten wir hier unseren Beitrag.

www.miriam-gruss.de

Wie wir in Zukunft leben wollen:

Das Konzept einer energetisch-dynamischen Stadtentwicklung

von Petra Müller, MdB



Petra Müller, MdB

Jeder, der mit offenen Augen durch unsere Städte und Gemeinden geht, dem bleiben die städtebaulichen und innerstädtischen Probleme nicht verborgen. Ich selbst war viele

Jahre im Planungsausschuss meiner Heimatstadt Aachen tätig und weiß aus kommunalpolitischer Sicht um die Herausforderungen.

Urbane Flächen zersiedeln und Innenstädte veröden, weil es insbesondere bürokratisch viel einfacher ist unbebaute Grundstücke

neu zu erschließen als Altflächen umzuwidmen. Wohnquartiere stehen leer, weil die demografische oder wirtschaftliche Entwicklung zur Verringerung der Bevölkerungsdichte führt. Das bereitet vor allem älteren Menschen und Familien Probleme. Wir möchten eine erfolgreiche Generationenpolitik voranbringen, die es älteren Menschen möglichst lange erlaubt, ein unabhängiges und eigenverantwortliches Leben zu führen. Aktive Teilhabe älterer Menschen ist auf zeitgerechte und moderne Altersbilder angewiesen. Wir wollen Wohnraum und Infrastruktur alten-, generationen-, und sachgerecht integrativ gestalten.

Mein Konzept einer energetisch-dynamischen Stadtentwicklung gibt Handlungsempfehlungen und orientiert sich an der Bedürfnislage. In diesem Konzept sol-



Wismar

len alle stadtplanerischen und Stadtumbau-Prozesse zusammen gefasst und interdependent betrachtet werden. Lebensqualität und Attraktivität unserer Städte sind ein wichtiger Standortfaktor, den es im globalen Wettbewerb zu erhalten gilt.

Mehr dazu unter:

www.petra-mueller-fdp.de

Beschneidung von Mädchen - nicht nur ein afrikanisches Thema

Von Silvia Neumeister, Bezirksvorsitzende Südbaden/Bodensee

In Deutschland leben ungefähr 21.000 Frauen mit einer Genitalverstümmelung. Zwei Gesetzesinitiativen versuchen im Moment in Deutschland, diese weibliche Beschneidung als Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu verankern. Die Beschneidung ist eine Methode, um die weibliche Sexualität zu kontrollieren. Den Frauen werden, durch das Zunähen der Scheide und das Entfernen von Klitoris und Schamlippen, jegliche sexuelle Empfindungen genommen. Die Sterb-

lichkeitsrate bei diesem Eingriff ist hoch. Fünf bis zehn Prozent der Mädchen sterben, weiter 20 Prozent sterben an Spätfolgen. Deshalb ist es nach wie vor ist es wichtig, über das Thema aufzuklären.

Die LIBERALEN FRAUEN, der Bezirksvereinigung Südbaden Bodensee, haben sich über das Thema informiert und einen Infoabend veranstaltet. Mitveranstalter waren Netzwerk Rafael e.V. und Mattered, die sich ge-

gen weibliche Genitalverstümmelung und für die Selbstbestimmung von Frauen einsetzen.

Gezeigt wurde ein Film von Ursula Biermann, die als freie Wissenschaftsjournalistin für die ARD und den Deutschlandfunk tätig ist, über die Beschneidung der Frauen in Tansania. Sibylle Laurischk, MdB, informierte über die rechtliche Lage in Deutschland.

Familienpolitik in Frankreich – eine „Staatsaffaire“

von Martina Kirsch, Schatzmeisterin LIBERALE FRAUEN Saarland

Frankreich gehört neben den skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten zu den Nationen, in denen sich die öffentliche Hand am stärksten familienpolitisch engagiert. Familienpolitik gilt in Frankreich als Angelegenheit des Staates (L'affaire d'Etat). Es ist dort gelungen den Wandel von einer geburtenfördernden Familienpolitik hin zu einer Familienpolitik zu schaffen, die sich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf widmet. Die französische Familienpolitik gilt als wegweisend. Frankreich liegt knapp vor Dänemark und Schweden unter den OECD-Ländern auf dem ersten Rang hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frankreich ist Spitzenreiter in der



Betreuungsdichte der Drei-bis Sechsjährigen und das Land in der EU, das die größte Vielfalt an

geförderten Betreuungsmöglichkeiten anbietet. Es besteht eine echte Wahlfreiheit aus einem breiten Angebot an Betreuungseinrichtungen, einschließlich Kinderkrippen, einem flächendeckenden Netzwerk von kostenfreien Kindergärten und Ganztagsschulen. Die Familienkasse gewährt neben dem Kindergeld, unter anderem Beihilfen zum Schulbeginn, einkommensabhängige Familienbeihilfen für Familien mit mehr als drei Kindern, Kleinkindbeihilfen oder Beihilfen zur häuslichen Kinderbetreuung. Kinder bis 3 Jahre werden in den öffentlichen Betreuungs-

einrichtungen, den Krippen betreut. Einen Rechtsanspruch gibt es erst aber für die Vorschulen, die so genannten écoles mater-

nelles, die die Drei- bis Sechsjährigen besuchen. Krippen und écoles maternelles sind ganztätig geöffnet. Sie genießen große gesellschaftliche Wertschätzung. Dies zeigt sich unter anderem in der beruflichen Qualifikation der Erzieherinnen, die ausgebildete Grundschullehrerinnen mit den Schwerpunkten "Vorschulpädagogik, Kinderpflege und Hygiene" sind.

Eine Umfrage in Deutschland von McKinsey, kam im Mai 2002 zu dem Ergebnis, das 71 % der befragten Frauen, die aus familiären Gründen ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben haben, sich für bessere Betreuungsmöglichkeiten aussprechen, um wieder oder im einem stärkeren Umfang beruflich tätig werden zu können. (Quelle BpB) Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Als Liberale Frau wünsche ich mir in Deutschland, eine Familienpolitik die die passenden Rahmenbedingungen setzt. Eine Familienpolitik, die ausreichend, zeitlich flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote er-

LIBERALE FRAUEN im Netz

www.liberale-frauen.de
www.liberale-frauen-bw.de
www.liberale-frauen-berlin.de
www.liberale-frauen-hh.de
www.liberale-frauen-nds.de
www.liberale-frauen-sachsen.de
www.liberale-frauen-sh.de
www.liberale-frauen-muensterland.de
<http://lifmittelbaden.blogspot.com>

www.foerdereverein-liberale-frauen.de
www.liberale-frauen-bayern.de
www.liberale-frauen-brandenburg.de
www.liberale-frauen-hessen.de
www.liberale-frauen-nrw.de
www.liberale-frauen-lsa.de
www.liberale-frauen-thueringen.de
www.liberale-frauen-ingolstadt.de

Dr. Christiane Ratjen-Damerau rückt in den Bundestag nach

von Anne Hermühlen

Am 01. Mai 2010 ist Dr. Christiane Ratjen-Damerau (55) aus Oldenburg/Ammerland, für Carl-Ludwig Thiele, der in den Vorstand der Bundesbank wechselte, in den Bundestag nachgerückt. Die studierte Agrarwissenschaftlerin promovierte 1983 in Berlin zum Doktor der Agrarwissenschaften im Bereich internationale Agrarentwicklung und war danach im höheren landwirtschaftlichen Dienst des Landes Niedersachsen tätig. Frau Dr.

Ratjen-Damerau ist für die FDP-Bundestags-fraktion ordentliches Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags.

Die Zahl der weiblichen FDP-Abgeordneten im Bundestag hat sich von 23 auf 24 erhöht.

Frauenanteil: gestiegen von 24,73% auf jetzt 25,80%

Surftipp



www.wirhaltenwort.de

informiert über die Arbeit der FDP.
Wir wünschen viel Spaß beim Surfen.

Leistung durch Quote !

von Katharina Bernhard, Landesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Mecklenburg-Vorpommern

Keines der DAX-Unternehmen ist offenbar gewillt, dem Beispiel der Telecom zu folgen. „Wir brauchen keine Frauenquote, persönliche Leistung ist und bleibt entscheidend“, so tönt es unisono aus Vorstandsetagen. Dann wäre ja alles gut. Angesichts der personellen Besetzung könnte man allerdings auf die Idee kommen, Leistung sei ein männliches Phänomen. Dabei stellt sich die Frage, was das Leistungsprofil eines Vorstandes überhaupt ausmacht. Die Qualifikationen der bekanntesten Manager sind übersichtlich: relativ wenig Jura, viel BWL, ein wenig Ausland, teilweise technische Ausbildungen, einige Promotionen, einige ausschließlich politische Vorbildungen. Die Managementstandards sind insoweit keine Hürde für qualifizierte Frauen. Daneben sind Businesskompetenzen wie strategisches Denken, Nachhaltigkeit, Risiko- und Kosten-, Innovations- und Wachstumsorientiertheit gefragt. Auch diesbezüglich nichts, was Frauen automatisch ausschließt. Die zumindest in der Theorie geforderten Persönlichkeitskompetenzen

wie Optimismus, Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft und Kommunikationsvermögen sind Eigenschaften, die sogar fast mehrheitlich Frauen zugeordnet werden. Im Ergebnis ist klar: Leistung ist Grundlage, Auswahl findet nach anderen Kriterien statt. Das A und O der Karriereförderung ist und bleibt die gute Beziehung zu einem Karriereförderer mit entsprechendem Einfluss. Die meisten Führungskräfte rekrutieren sich aus Headhunterpools und durch Dienstleister, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu den Unternehmen stehen. Sie erfüllen Kundenwünsche und werden genau dafür bezahlt. So wird Altbewährtes beibehalten. Männliche Leistungsträger beherrschen den Markt, weil es immer so war. Kein Headhunter wird ein wirtschaftliches Risiko eingehen und eine Frau anbieten, wenn er auch einen Mann anbieten kann. Nicht ohne Grund gibt es im Verhältnis genau so wenig Frauen in den Pools wie in den Vorständen. Viele Talente und Fähigkeiten werden nicht gesehen, weil danach nicht gesucht wird. Der Focus ist be-

schränkt, weil Unternehmen ihr Führungspersonal nicht selbst akquirieren, sondern diese existenziell wichtige Aufgabe ausgelagert haben. Gerade deshalb ist der Vorstoß der Telecom ein wichtiges Zeichen in die richtige Richtung. Die Personaldienstleister müssen in Zukunft ihre Pools mit weiblichen Leistungsträgern verstärken, um dem neuen Kundenwusch gerecht zu werden. Qualifizierte Frauen können gesehen werden und sich erstmals überhaupt dem Wettbewerb mit den männlichen Kollegen stellen. Die Wirtschaftskrise hat unter anderem auch gezeigt, dass der eine oder andere Vorstand eine Fehleinschätzung in punkto Leistungsfähigkeit war. Die Öffnung des Marktes für alle Leistungsträger/innen und ein fairer Wettbewerb macht die Quote als technisches Hilfsmittel unumgänglich und längst überfällig. Sie sorgt für Zugang und Öffnung und damit für mehr Wettbewerb unter den Besten.

Sensation in Stuttgart: Isabel Fezer ist Stuttgarts neue Sozialbürgermeisterin

von Jutta Pagel-Steidl

Einem kommunalpolitischen Krimi glich die Wahl des Sozialbürgermeisters/der Sozialbürgermeisterin in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Seit der Kommunalwahl 2009 stellen die GRÜNEN mit 16 von 60 Sitzen die stärkste Fraktion. Es folgen CDU mit 15 und SPD mit 10 Sitzen. Die FDP hat 7 Sitze, die Freien

Wähler 6, SÖS und Linke 5 sowie die "Republikaner" 1. Um die Nachfolge der bisherigen Amtsinhaberin, Gabriele Müller-Trimbusch (FDP), die aus Altersgründen zum 31.08.2010 ausscheidet, hatten sich neben weiteren Kandidaten der grüne Lokalmatador Werner Wölfle (Sozialarbeiter, Landtagsabgeordneter und Co-Fraktions-

vorsitzender im Stuttgarter Gemeinderat) und die liberale Juristin Isabel Fezer aus Radolfzell am Bodensee beworben. Nach der Wahl war die Sensation perfekt: bereits im 1. Wahlgang errang Isabel Fezer mit 31 : 29 Stimmen die absolute Mehrheit! Wir gratulieren herzlich zu diesem tollen Erfolg und wünschen alles Gute im neuen Amt.

Volksentscheid in Hamburg: Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ setzt sich mit deutlicher Mehrheit durch.

von Eva Parbs, Stellvertretende Bundesvorsitzende

Die Primarschulreform des Schwarz-Grünen Senats ist gescheitert. Das klare Votum der Hamburger Bevölkerung ist eine Bankrotterklärung nicht nur für die Koalition von CDU und Grünen, sondern für die gesamte Bürgerschaft. Alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien hatten den Widerstand in der Elternschaft und Bevölkerung unterschätzt und müssen nun die Scherben zusammen kehren. Als einzige Partei hat die FDP Hamburg, die Volksinitiative unterstützt und sich bereits früh gegen die Abschaffung der Hamburger Gymnasien und für das Elternwahlrecht ausgesprochen. Aber wie geht es nun weiter in Hamburg? Da es nun keine Primarschule geben wird, bleibt es bei der vierjährigen Grundschule und die Schulbehörde muss nun schnell-

tens einen neuen Schulentwicklungsplan vorlegen.



Echte Bildungsgerechtigkeit wird es nur geben, wenn alle Kinder mit vergleichbaren Voraussetzungen in der Schule beginnen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die frühkindliche Bildung mit sprachlichen und sozialen Schwerpunkten rechtzeitig bei den

Kindern beginnt. Durch individuelle Förderung, kleineren Klassen in sozial benachteiligten Stadtteilen, gut ausgebildeten und motivierten Lehrern und Lehrerinnen, könnte Hamburg wieder der Anschluss an erfolgreichere Bundesländer gelingen. Und ob nach dem Volksentscheid der vereinbarte zehnjähriger Schulfrieden in Hamburg tatsächlich einzieht, bleibt abzuwarten. Den Kindern ist es jedenfalls zu wünschen.

Ole von Beust ist bereits vom Amt des Ersten Bürgermeisters zurückgetreten. Die Stimmen nach Neuwahlen in Hamburg mehren sich. Schwarz-Grün ist am Ende. Und das in einer Zeit, in der das härteste Sparprogramm beschlossen werden muss, das Hamburg je erlebt hat.

„Engagement macht stark!“ - Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements

von Uta Mattern, Stellvertretende Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz

Die Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements findet in diesem Jahr in der Zeit vom 17.09. bis zum 26.09.2010 stattfinden. Das Motto der Aktionswoche, die in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal stattfindet lautet: „Engagement macht stark!“

Mehr als 23 Millionen Menschen in Deutschland sind ehrenamtlich tätig. Die Bandbreite ehrenamtlicher Tätigkeiten ist groß, an-

gefangen bei Betätigungen im Sportverein, in anderen Vereinen, in Selbsthilfegruppen bis hin zu bestimmten Projekten. Ehrenamtliche Tätigkeit lohnt sich für den Einzelnen und stärkt die Gesellschaft insgesamt.

Ein beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement ist der Besuchs- und Begleitdienst der Malteser, den es seit 4 Jahren gibt. Bundesweit betreuen 2100 ehrenamtliche Helfer an 185 Standorten um alte, kranke,

einsame oder behinderte Menschen. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern beschenken Menschen, indem sie ihnen Zeit zum Zuhören, Spielen, Spaziergängen, Friedhofsbesuchen, ect. schenken.

Regelmäßige Supervisionstreffen sowie Schulungen und Fortbildungen geben den ehrenamtlichen Helfern die nötige Sicherheit.

Bremen: Landesvereinigung Liberale Frauen in Bremen gegründet

von Petra Hellmann, Landesvorsitzende Bremen

Am 22.5.2010 wurde in Bremen die Landesvereinigung LIBERALE FRAUEN gegründet. Bislang gab es bereits einen Arbeitskreis, der sich jetzt jedoch auflöst. „Wir freuen uns, dass wir es geschafft haben, gerade noch vor dem 20. Geburtstag der Bundesvereinigung der LIBERALEN FRAUEN auch in Bremen eine eigene Landesvereinigung zu gründen“, sagt Petra Hellmann, die neue Landesvorsitzende der Bremerinnen.

Zu ihrer Stellvertreterin wurde Waltraut Wedemeyer gewählt. Schatzmeisterin ist Nicole Mirbach und Beisitzerin im Landesvorstand ist Marlene Buhlert. Ziel der LIBERALEN FRAUEN Bremen ist es mehr Mitglieder zu gewinnen und mit guten Veranstaltungen den Wahlkampf der Bremer FDP für die kommende Bürgerschaftswahl im Mai 2011 zu unterstützen.

Kontakt: Bremen@liberale-frauen.de



V. l.n.r. Nicole Mirbach, Marlene Buhlert, Petra Hellmann, Waltraut Wedemeyer

Neues aus den Landesverbänden

Rheinland-Pfalz: Neuer Landesvorstand

von Rita Wagner, MdL, Rheinland-Pfalz



In Mainz fand am 29.04.2010 die Mitgliederversammlung der LIBERALEN FRAUEN in Rheinland-Pfalz statt. Auch in Rheinland-Pfalz standen die Wahlen eines neuen Vorstands auf der Tagesordnung.

Neue Landesvorsitzende ist Margit Reichelt (5. v. links), Stellvertreterinnen sind Gabriela Nordström und Uta Mattern, die auch das

Amt der Schatzmeisterin übernommen hat. Beisitzerinnen sind Anja Almanritter, Erika Ellrodt, Karen Lill, die Mainzer Landtagsabgeordnete Rita Wagner, und Christa Wüstenberg. Als Rechnungsprüferinnen wurden Uta Schellhaaß, MdL und Nicole Morsblech, MdL gewählt.

Kontakt: Rheinland-Pfalz@liberale-frauen.de

Wer in Gesellschaft und Politik etwas verändern will, muss mit vielen Widerständen rechnen. Die Liberalen Frauen haben diese Widerstände vielfältig erfahren, am schmerzlichsten, wenn sie aus ihrer eigenen Partei kamen.

Quelle:

Lieselotte Funcke, in: *Frei sein, um andere frei zu machen. Frauen in der Politik.* Hrsg. v. Lieselotte Funcke, Stuttgart/Herford 1984, S. 287

Bayern: LIBERALE FRAUEN mit neuem Landesvorstand

Marina Schuster, MdB, neue Landesvorsitzende

von Marina Schuster, MdB

Die LIBERALEN FRAUEN Bayern haben am 13.06.2010 bei ihrer Mitgliederversammlung in Bamberg einen neuen Landesvorstand gewählt. Die bayrische FDP-Bundestagsabgeordnete Marina Schuster wurde einstimmig zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Sie freute sich über die Wahl und stellte klar: "Wir lassen uns nicht auf sogenannte Frauenthemen verengen", so Schuster. "Wir möchten Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Handwerk gewinnen und die Themen bearbeiten, die ihnen unter den Nägeln brennen".

Zu Schusters drei gleichberechtigte

Stellvertreterinnen wählten die Mitglieder ebenso einstimmig Jutta Herzner-Tomei, Gastronomie-Unternehmerin aus Ingolstadt, Gabriele Opitz, Zahnärztin aus



Vlnr. Gisela Ullmann, Jutta Herzner-Tomei, Gabriele Opitz, Marina Schuster, MdB, Gabriele Bartram, Claudia Gröschel, Staatssekretärin Katja Hessel, Christel Ernst

Regensburg und Gabriele Bartram, Heilpraktikerin aus Weißenburg. Jutta Herzner-Tomei will ein "Netzwerk schaffen, für Frauen von Frauen". Politik und Netzwerke kön-

ne und wolle man schließlich nicht nur den Männern die überlassen, so Herzner-Tomei.

Zur Schriftführerin wurde Gisela Ullmann, Bankkauffrau aus Ingolstadt gewählt.

Zur Schatzmeisterin wählten die Frauen keine geringere als die FDP-Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (38) aus Nürnberg. Das Team wird komplettiert von den beiden Beisitzerinnen werden Dr. Martina Hartl, Diplomkauffrau, aus München und Heike Schalk, Geschäftsführerin eines Metallbaubetriebs, aus Memmingen. Zu den zwei Rechnungsprüferinnen wählten die LIBERALEN FRAUEN die FDP-Stadträtin Christel Ernst aus Ingolstadt und Claudia Gröschel, Bankkauffrau aus Westhausen.

Kontakt: bayern@liberale-frauen.de

Aktuelles in Kürze

Carola von Braun erhält Bundesverdienstkreuz

Von Mieke Senftleben, MdA

Am 15. April 2010 wurde in Berlin von Senator Wolf das Bundesverdienstkreuz an Carola von Braun für ihr Engagement in der Berliner Frauenpolitik verliehen. Als einer der ersten Frauenbeauftragten in Berlin hat sie Anfang der 90iger Jahre gemeinsam mit anderen Fraktionen in Berlin die Überparteiliche Fraueninitiative „Berlin – Stadt der Frauen“ gegründet. Ein bundesweit einmaliges Beispiel für gemeinsame Aktionen unterschiedlicher Couleur!

Carola von Braun war Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner FDP und ist Mitbegründerin der LIBERALEN FRAUEN.

Neuer Landesvorstand in Brandenburg gewählt

(red) Die LIBERALEN FRAUEN in Brandenburg haben am 30.04.2010 in Wildau einen neuen Landesvorstand gewählt. Neue Landesvorsitzende ist Gerburg Pietschmann, Stellvertreterin ist Hilke Masche und Schatzmeisterin Meike Holtsch. Zur Kassenprüferin wurde Renate Hausknecht gewählt.

Kreisvereinigung Baden-Baden/Rastatt gegründet

von Karmela Jäger

Im Kurhaus in Baden-Baden wurde am 15. Juni 2010 der erste Kreisverband der LIBERALEN FRAUEN gegründet in Baden-Württemberg gegründet. „Unsere Region ist hier Vorreiter. Wir sind die erste Regionalgruppe, in der als weitere Untergliederung eine Kreisvereinigung gegründet wird“, freute sich Gisela Geckler, Gründungsmitglied der Bundesvereinigung der LIBERALEN FRAUEN. Vorsitzende des neuen Kreisverbandes ist Karmela Jäger, Stellvertreterin ist Irene Ritter, Schatzmeisterin Heike Mühlfeit und Schriftführerin Jutta Letscher.

Ansprechpartnerin: karmela.jaeger@arcor.de



Vlnr. M. Senftleben, C. v. Braun, S. Manstein
Foto: ideenmanufaktur—Jana Jablonski/
Sebastian Rosenberg).

Wechsel an der Spitze in Niedersachsen

(red) Agneta Achterberg gab ihren Vorsitz nach nur einjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen zurück. Zur neuen Vorsitzenden wurde auf der Mitgliederversammlung am 08.05.2010 Silke Fricke gewählt. Agneta Achterberg wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Vlnr. C. Janner-Werner, T. Hornung, K. Jäger,
J. Letscher, G. Geckler, G. Fütterer, I. Ritter

Was ist eigentlich ...

ELENA?

ELENA -So heißt das elektronische Verfahren zum Entgeltnachweis. Seit dem 1. Januar haben dafür alle Arbeitgeber monatlich die Lohndaten ihrer Beschäftigten an eine Zentrale Speicherstelle zu melden. Bisher müssen die rund drei Millionen Arbeitgeber Papiergebhaltsbescheinigungen ausstellen, wenn ihre Mitarbeiter gegenüber öffentlichen Stellen die Voraussetzungen für den Bezug bestimmter Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Elterngeld oder Wohngeld) nachweisen müssen. Pro Jahr waren das insgesamt ca. 60 Millionen Bescheinigungen. Es gibt ungefähr 40 verschiedene Bescheinigungen und rund 26 unterschiedliche Berechnungsmethoden für das Einkommen. Mit dem ELENA-Verfahren soll der Einkommensnachweis für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Sozialbehörden leichter werden. Für die Arbeitgeber geht es vor allem um die Entlastung von Aufwand und Kosten. Die Sozialbehörden bekommen die für die Einkommensberechnung erforderlichen Daten ohne Medienbruch so vollständig und korrekt, wie sie bei der elektronischen Personalverwaltung der Arbeitgeber vorliegen. Arbeitnehmern wird der Weg über ihren Arbeitgeber erspart, der z.B. im Insolvenzfall schwierig ist. Leider wurde ein zentrales Ziel, den Einkommensbegriff zu vereinheitlichen, nicht erreicht. Die Frage der Entlastung bewerten die kleinen und mittleren Unternehmen kritisch. Kritisiert wird aber vor allem die zentrale Datenspeicherung, unabhängig vom Bedarfsfall, die Datenmenge und die Gefährdung der Datensicherheit, die ein so großer zentraler Speicher mit sich bringen kann. Die Datensicherheit muss deshalb oberste Priorität haben.

von Katja von Maur

Aktuelles in Kürze

Berliner LIBERALE FRAUEN besuchen Brüssel

Von Dr. Frauke Jung-Lindemann

Die LIBERALEN FRAUEN Berlin waren vom 23. bis 25. März 2010 auf Einladung der FDP-Europa-Abgeordneten Alexandra Thein zu Besuch in Brüssel. Das Programm umfasste einen Empfang der ELDR-"Liberals in Brussels" in Anwesenheit von Annemie Neyts-Uyttebroeck (ELDR-Präsidentin) sowie Vorträge von Christiane Sauer (EU-Lobbyistin), Alexandra Thein (MdEP) und Herbert von Bose (Direktor für Indus-technologie der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission). Selbstverständlich stand auch die Teilnahme an einer Sitzung des Europäischen Parlaments auf dem Programm. Abgerundet wurde die Reise mit einem Empfang bei Dr. Jürgen D. Wickert - Leiter der Brüsseler Niederlassung der Friedrich-Naumann-Stiftung.

"Eine interessante und erfolgreiche Reise liegt hinter uns mit informativen und überraschenden Einblicken in das Leben der Brüsseler Parlamentarier, Kommissionare und Lobbyisten, so die "Reiseleiterin", Dr. Frauke Jung-Lindemann, Vorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Berlin

Wahlen in NRW

(red) Am 09. Mai. 2010 wurde in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt.

Die FDP konnte ihr Ergebnis aus dem Jahr 2004 geringfügig steigern und ist jetzt mit 13 Abgeordneten im Nordrhein-Westfälischen Landtag vertreten, davon sind lediglich zwei Frauen, Angela Freimuth, die wieder zur Vizepräsidentin gewählt wurde und kandidiert Ingrid Pieper von Heiden, die auf Platz 12 kandidierte. Für die nächste Kandidatin auf Platz 17, Yvonne Gebauer reichte es leider nicht mehr.

Frauenanteil: von 16,67% gesunken auf 15,38 %

Neue Untergliederungen in Niedersachsen

(red) In Niedersachsen gibt es neben dem Kreisverband Emsland und dem Bezirksverband Ostfriesland jetzt auch einen Kreisverband Rotenburg/Wümme und einen Ortsverband Langenhagen.

Glosse

Liebe Leserinnen und Leser,

ich habe kürzlich in der Zeitung gelesen, dass das nächste „Superwahljahr“ vor der Tür stehe. Was überall gewählt wird, kriege ich gar nicht mehr alles auf die Reihe. Sicher ist nur, bei uns wird auch gewählt und da steht wieder viel Arbeit ins Haus. Aber bis dahin dauert es noch. Jetzt werden erst mal die Listen aufgestellt. Mein Ortsverband hat mich und meine Kumpels als Delegierte für die Vertreterversammlung gewählt. Das ist cool! Wir können mitentscheiden, wer auf die Listen kommt. Wir haben uns dann gleich am Wochenende getroffen und beratschlagt, wen wir denn am liebsten auf der Liste für den Landtag vorne sehen würden. Über eines waren wir uns einig: es muss einer von uns sein. Jung, dynamisch, belastbar, männlich. In der nächsten Sitzung des Ortsverbandes kamen dann aber die Vorschläge. Unser Sparkassenfilialleiter, 52 Jahre alt, soll die Liste anführen. Dann kam der nächste Vorschlag: es müsste eine junge Frau folgen. Dann haben die doch tatsächlich eine Frau vorgeschlagen, die wird nächstes Jahr 40. Von wegen „jung“. Aber die ist immerhin die Freundin unseres Kreisvorsitzenden, das muss man dann wohl akzeptieren. Aber jetzt kommt es noch doller: Als nächste auf der Liste soll die Klassenkameradin meiner Mama aufgestellt werden, eine Ärztin kurz vor der Pensionierung. Die haben gar nicht daran gedacht einen von uns vorzuschlagen! Mein Kumpel Thorsten hat da kein Blatt vor den Mund genommen und gesagt: „Leute, ihr könnt doch nicht nur Kandidaten „80 plus“ aufstellen.“ Die Freundin meiner Mama hat sich darüber furchtbar aufgeregt. Was Thorsten sich rausnehmen würde. Er hätte wohl gar

keinen Respekt. Natürlich haben die anderen Alten ihr da auch noch Recht gegeben. Wenn Sie die drei Kandidaten da hätten sitzen sehen, wäre auch klar geworden, warum Thorsten das gesagt hat. Wenn ich mir diese Rentnerband auf den Plakaten vorstelle! Kandidaten müssen jung und dynamisch sein, damit der Wähler sie wählt. Und vor allem gut aussehend. So wie Thorstens Schwester. Da hat man was fürs Auge. Thorsten hat Recht: Was interessiert denn den Wähler mehr? Coole Typen oder „qualifizierte“ Frauen mit „Fachwissen“? Und noch eins: Die haben dar nicht daran gedacht, dass sie uns brauchen? Ich frage Sie, wer soll denn Plakate kleben und Flugblätter verteilen wenn nicht wir? Auf jeden Fall werden die Listen in den nächsten Wochen aufgestellt. Aber Tom, das ist unser Spitzenkandidat, bleibt da ganz ruhig. Er ist sicher, dass er ganz nach vorne kommt. Er ist halt ein cooler Typ und hat gerade sein Abitur gemacht. Er sagt, das mit den Listen haben wir doch noch immer hingekriegt, da halten wir Jungen alle zusammen. Bei den letzten Wahlen hat es doch auch immer geklappt. Na ja auf jeden Fall werden wir einen tollen Wahlkampf liefern. Und damit es Euch Frauen beruhigt. Unsere Freundinnen sind auch schon ganz scharf darauf mitzumachen. Sie wollen Give aways verteilen. Sie haben sich dafür schon ein richtig scharfes Outfit ausgesucht! Ich freue mich jedenfalls riesig auf den Wahlkampf!

Bis zum nächsten Mal

Euer Maximilian



„Geld gehört in Frauenhand!“

Unter diesem Titel veranstaltet der Förderverein Liberale Frauen e.V. seine diesjährige Tagung. Alle Frauen der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. und die Mitglieder im Förderverein Liberale Frauen e.V., die Bundes- und Landtagsabgeordneten der FDP sowie alle liberal denkenden Frauen sind eingeladen, Vorträge und Referate zu diesem Thema zu hören.

Fachfrauen aus der Wirtschaft und Politikerinnen, die sich mit dem Thema Finanzen auseinandersetzen, werden Fragen beantworten und mit den Teilnehmern diskutieren.

Unter Anderem sollen diese Punkte angesprochen werden: Sparmöglichkeiten für Mädchen und Frauen schon ab dem ersten Gehalt; Stolperfallen bei Immobilienkauf während der Ehe; Ausbildungs-Finanzierung für Kinder; Alterssicherungs-Modelle speziell für Frauen; Vermögensverwaltung nach der Scheidung; sind Frauen die besseren Finanzminister?

Jahrestagung der Liberalen Frauen in Würzburg

vom 18. 9. ab 11 Uhr bis 19. 9. 2010 um 14 Uhr

Nach der Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen des Fördervereins, beginnt nach einem kurzen Mittagessen das Fachthema „Finanzen“ bis ca. 18 Uhr. Danach findet ein kulturelles Programm mit gemeinsamen Abendessen (Selbstzahler) statt. Sonntagvormittag beginnt die Sitzung der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. um 10 Uhr. Themen: insbesondere das neue Grundsatzprogramm und die Anträge, die bei der Mitgliederversammlung in Hamburg aus Zeitgründen nicht behandelt werden konnten.

Info über Nora Jordan-Weinberg,
Tel. 07141 – 2984 937 oder info@njweinberg.com

Impressum

Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.

Doris Buchholz V.i.S.d.P.
Bundesvorsitzende
Postanschrift:
Sulzbachtalstraße 70, 66280 Sulzbach
Tel. 06897/61700 Fax. 06897/62720
E-Mail: redaktion-webseite@liberale-frauen.de

Autorinnen dieser Ausgabe:

Katharina Bernhard, Nicole Bracht-Bendt, MdB,
Doris Buchholz, Rolf Buchholz, Miriam Gruss,
MdB, Petra Hellmann, Anne Hermühlen, Nora
Jordan-Weinberg, Martina Kirsch,
Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger, Karmela Jäger, Dr. Frauke
Jung-Lindemann, Sibylle Laurischk, MdB, Uta
Mattern, Katja von Maur, Petra Müller MdB,
Silvia Neumeister, Jutta Pagel-Steidl, Eva Parbs,
Brigitte Pöpel, Dr. Birgit Reinemund, MdB, Gisela
Schulze Horn, Marina Schuster, MdB, Mieke
Senftleben, MdB, Rita Wagner, MdB,

Mit dem Namen der Autorin/des Autors
versehene Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit
Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar
erbeten.

Für unverlangt eingesandte Fotos und

**Werbemittel können bestellt
werden unter**

Werbemittel@liberale-frauen.de

FDP trauert um Jugendrichterin Kirsten Heisig Quelle: www.fdp.de

(Berlin, den 03.07.2010) Die Neuköllner Jugendrichterin Kirsten Heisig ist tot. Sie war u.a. eine der Initiatorinnen des so genannten Neuköllner Modells. Die couragierte Richterin setzte sich erfolgreich dafür ein, dass durch beschleunigte Verfahren bei jugendlichen Straftätern erzieherische Wirkungen erzielt werden. Die FDP ehrte Heisig mit dem Bürgerinnenpreis "Liberta" für ihr Engagement. FDP-Parteivize Cornelia Pieper erklärte, die FDP trauere um eine "mutige und couragierte Frau".

Kirsten Heisig hatte sich im Kampf gegen Jugendkriminalität einen Namen gemacht. Seit Montag war die Berliner Richterin vermisst. Kirsten Heisig hat sich selbst getötet. Das ergab die Obduktion der Leiche, die Polizisten nach tagelanger Suche am Sams-

tag in einem Waldstück gefunden hatten.

Die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Cornelia Pieper zeigte sich "tief erschüttert" über den Tod der Richterin. Ihre Partei trauere um eine "mutige und couragierte Frau, die sich weit über ihren Beruf hinaus dem Kampf gegen Jugendgewalt verschrieben" habe, erklärte Pieper. Heisig habe sich um die Integration insbesondere von ausländischen Jugendlichen verdient gemacht. Damit sei sie bundesweit ein Vorbild gewesen.

Die FDP hatte die Richterin für ihr Engagement mit dem Bürgerinnenpreis Liberta geehrt. Laudatorin Necla Kelek lobte Heisigs "Mut und Tatkraft." Heisig sei eine weiterer Beleg dafür, dass "die Freiheit eine Frau" ist. Die deutsch-türkische Sozialwis-

senschaftlerin und Autorin würdigte die 47-jährige Berliner Jugendrichterin insbesondere dafür, dass es ihr gelungen sei, "einen geschlossenen Kreis" durch Prävention und Konsequenzen aufgebrochen zu haben. Denn: Heisig möchte das Problem der Jugendkriminalität bei seiner Wurzel bekämpfen und appelliert darum direkt an arabisch- und türkische Eltern.

Kelek fasste zusammen: "Sie kennt ihre Pappenheimer, die Intensivtäter, ihre Familien und Clans, veranstaltet Elternabende, trifft Lehrer, Quartiersmanager und Sozialarbeiter." Heisig mache ihren Beruf mit Leidenschaft. "Kirstin Heisig nimmt Stellung in einem Konflikt, in dem es um die Werte unserer Gesellschaft geht", so Kelek, die auf viele Nachahmer hofft.

20 Jahre LIBERALE FRAUEN—LIBERALE FRAUEN feierten in Hamburg

Eva Parbs—Stellvertretende Bundesvorsitzende

Am 28. Mai 2010 feierten die LIBERALEN FRAUEN in Hamburg mit einem Empfang im Hotel Baseler Hof ihr 20 jähriges Bestehen. Nach den Grußworten durch die Vorsitzende der LIBERALEN FRAUEN in Hamburg, Eva Parbs, und dem FDP Landesvorsitzenden, Rolf Salo, sprach die Bundesvorsitzende, Mieke Senftleben, MdB, zu den anwesenden 160 Gästen.

Frau Senftleben begrüßte sehr herzlich die aus Berlin angereiste Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, MdB, die Ehrenvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Bundesministerin a.D. Dr. Irmgard Schwaetzer, ihre Vorgängerinnen Ina Lenke, MdB a.D. und Sibylle Laurischk, MdB, die anwesenden Gründungsmitglieder und die zahlreich angereisten Damen und Herren Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion.



Vlnr. Birgit Homburger, Dr. Irmgard Schwaetzer, Liane Knüppel, Mieke Senftleben
(Foto: Gerold Hinrichs-Henkensiefken)

Frau Senftleben stellte in den Mittelpunkt ihrer Rede, die erfolgreiche Aufbauarbeit der LIBERALEN FRAUEN in den vergangenen 20 Jahren. Mehr als 1.000 Mitglieder werben inzwischen bundesweit für die LIBERALEN FRAUEN und damit auch für die FDP. Die LIBERALEN FRAUEN sind inzwischen in allen Bundesländern mit eigenen Landesvereinigungen vertreten. Das erfolg-

reiche Mentoring-Programm der FDP, das sich vorrangig an junge, leistungsbereite und politisch engagierte Frauen richtet, wurde aufgrund einer Initiative der LIBERALEN FRAUEN eingerichtet; Ziel ist, Frauen den Einstieg in die politische Arbeit zu ermöglichen.

Gemeinsame Aktionstage aller Landesverbände z. B. zum „Equal Pay Day“ wurden von der Bundesvereinigung finanziell unterstützt. Damit zeigen wir Präsenz in der Partei, den Medien und bei den Wählerinnen.

Ziel der LIBERALEN FRAUEN ist und bleibt, Frauen für Politik zu interessieren und Themen in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen, die es Frauen ermöglichen, ihr Leben selbstbewusst und eigenverantwortlich zu gestalten.

Aber wir wissen auch, es gibt noch eine Menge zu tun. Der politischen und rechtlichen Gleichstellung ist die gesellschaftliche und soziale Gleichstellung immer noch nicht gefolgt:

Der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

Deshalb engagieren wir uns für eine Gesellschaft in Freiheit und Verantwortung; und wir werben um Frauen, die sich uns anschließen.

Die Jubiläumsfeier wurde musikalisch begleitet von Martin Meissner am Saxophon und Nikos Titokis am Klavier, die Jazziges aus 20 Jahren präsentierte. Bei Fingerfood, Sekt und einem tollen Rotwein hatten die Gäste ausreichend Gelegenheit zu Gesprächen, zum Kennenlernen und zum Erfahrungsaustausch.

Fotos rechts:: Doris Buchholz



LIBERALE FRAUEN